



Roter Turm

www.spd-ravensburg.de

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

die Advents- und Weihnachtszeit lädt zur Besinnung und zum Innehalten ein. Es ist auch die Zeit, auf das abgelaufene Jahr zurückzublicken und sich Gedanken über die Zukunft zu machen.

Wir können Ihnen die Zukunft nicht voraussagen. Aber drei Dinge können Sie für das nächste Jahr schon fest einplanen: unser Parteijubiläum, die Bundestagswahl und natürlich unsere Ortsvereinszeitung.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und hoffen, dass Sie uns auch weiterhin die Treue halten.

Ihnen und Ihrer Familie wünschen wir fröhliche und besinnliche Feiertage.

Viele Grüße



Hannes Munzinger zum Spitzenkandidat der Jusos Baden-Württemberg gewählt

Der Landesausschuss des Juso-Landesverbandes Baden-Württemberg hat den Ravensburger Bundestagskandidaten Hannes Munzinger zum Spitzenmann für die Bundestagswahl 2013 gewählt. Munzinger setzte sich gegen den 29-Jährigen Nicolas Schäfstoss, Kandidat im Wahlkreis Stuttgart zwei, durch.

Munzinger war den Delegierten des vierteljährlichen kleinen Parteitages vom Landesvorstand vorgeschlagen worden. Er stehe glaubwürdig hinter den Kernkonzepten und Forderungen der Jusos und sei mit seiner Kampagnenerfahrung und seiner Kreativität die erste Wahl, so seine Fürsprecher. Auch die geradlinige Sprache Munzingers wurde ihm hoch angerechnet: "Er muss sich die Politikersprache nicht abgewöhnen, weil er sie sich nie angewöhnt hat", so der Vorsitzende aus

dem Neckar-Odenwald-Kreis Kai Gräf. Ein weiterer Kandidat im Juso-Alter, Parsa Marvi aus Karlsruhe, empfahl den Delegierten eine Entscheidung zu Gunsten Munzingers, da es ein Zeichen in das Flächenland Baden-Württemberg sende, wenn Engagement für die Sozialdemokratie in der schwarzen Diaspora belohnt werde. Die Spitzenkandidatur soll dem gewählten Kandidaten zu besseren Chancen auf dem Listenparteitag und damit auf den Einzug in den Deutschen Bundestag verhelfen.

Eine Woche zuvor war es Munzinger gelungen, sich bei der internen Listenaufstellung der Kreisverbände Südwürttembergs vor Jochen Jehle, dem Kandidaten aus dem Bodenseekreis, zu platzieren.

Termine

- 17.01.2013, 19:30 Uhr
"Europäische Finanzpolitik"
Veranstaltung mit
Peter Simon, MdEP im
Kornhaussaal in Ravensburg
- 21.01.2013
Besuch von Katrin Altpeter
Ministerin für Arbeit und
Sozialordnung, Familie,
Frauen und Senioren
- 02.03.2013, 10 - 18 Uhr
Landesparteitag in Heilbronn
u.a. Aufstellung der Landes-
liste für die Bundestagswahl
2013
- 01.05.2013
Besuch der Wanderaus-
stellung zur Parteigeschichte
in Stuttgart
- 26.05.2013
Festakt zum 150 jährigen
Parteijubiläum im
Kornhaussaal in Weingarten

*"Es ist schwieriger, eine
vorgefasste Meinung zu
zertrümmern als ein Atom."*

-Albert Einstein-

Einmal mehr beugt sich die Stadtverwaltung und der Gemeinderat dem Druck eines Bauträgers

Dass sich die Stadtverwaltung unter Vorsitz von OB Dr. Rapp zusammen mit der CDU, den Freien Wählern und der FDP nicht mehr an eigene Beschlüsse hält, ist im Ravensburger Gemeinderat leider gängige Praxis geworden. Objektive Kriterien, klare Rechtsverhältnisse und gewissenhafte Abwägungen treten in den Hintergrund, sobald der oder die Betroffenen nur laut und beharrlich genug ihr Anliegen vorbringen. *Lösungsorientiertes Verwaltungshandeln*, so belehrt uns der Oberbürgermeister, sei wichtiger als stures Beharren auf die Rechtslage. Wie schnell bestehendes Recht geändert werden kann, konnten interessierte Bürger in der Sitzung des Gemeinderats am 19.11.2012 erleben.

Was war geschehen?

Ein bekanntes Steuerberatungsunternehmen in der Weststadt trat 2008 mit dem Wunsch eines Neubaus an die Verwaltung heran. Zur Sicherung der Zukunft des Betriebes hat die Bauverwaltung in enger Kooperation mit dem Unternehmen ein vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Auf Wunsch und Betreiben des Vorhabenträgers erarbeitete das Stadtplanungsamt einen städtebaulichen Entwurf auf der Grundlage der Wünsche und Vorstellungen des Vorhabenträgers und unterzeichnete einen entsprechenden Durchführungsvertrag mit ihm. Diese maßgeblich vom Vorhabenträger gewünschten Planungen führten im Mai 2009 zum Satzungsbeschluß und somit zum Ortsrecht. Schon kurze Zeit später beantragte der Vorhabenträger wesentliche Änderungen am Baukörper, die ihm der zuständige Ausschuss auch im Rahmen von Befreiungen zubilligte.

Leider waren die von ihm selbst beantragten Befreiungen dem Vorhabenträger offensichtlich nicht ausreichend und er forderte weitere, jedoch sehr weitgehende Änderungen an seinem Bauvorhaben. Diese widersprachen jedoch den Festsetzungen des mit ihm ausschließlich für sein Bauvorhaben erstellten Bebauungsplans so gravierend, dass sie nicht mehr im Wege von Befreiungen erteilt werden konnten. Ein neues Bebauungsplanverfahren wäre erforderlich geworden. Dies lehnten jedoch die Bauverwaltung und der zuständige Ausschuss über mehrere Jahre eindeutig ab.

Hiervon unberührt ergänzte der Vorhabenträger seinen zwischenzeitlich schon fast fertig gestellten Neubau mit den nicht genehmigungsfähigen Änderungen. Daraufhin ordnete die Bauverwaltung nach Rücksprache mit dem AUT einen Baustopp an. Der AUT bestärkte in mehreren Sitzungen die Bauverwaltung, auf die Einhaltung der Festsetzungen des B-Planes zu bestehen.

Eigentlich eine klare und eindeutige Sache.

Nicht jedoch bei Dr. Rapp. Davon ausgehend, dass bestehende Gemeinderatsbeschlüsse und geltendes Ortsrecht seit kurzem eigentlich nur unverbindliche Diskussionsgrundlage sein können und im Vertrauen auf das bestehende Zerwürfnis zwischen Dr. Rapp und seiner Baubürgermeisterin, begab sich der Vorhabenträger schnellstens zum OB, klagte dort über die seiner Meinung nach sture und unbewegliche Baubürgermeisterin und konnte somit das Herz des OB erweichen. Bestehende Beschlüsse, Satzungen und Vorgaben ignorierend beauftragte er die Bauverwaltung, ein erneutes Bebauungsplanverfahren einzuleiten, den Baustopp auszusetzen und das rechtswidrige Bauvorhaben nachträglich zu genehmigen. Die Festsetzungen des „neuen“ B-Planes mussten selbstverständlich auf die Sonderwünsche des Vorhabenträgers abgestimmt sein.

Selbstredend hat dann der Gemeinderat am 19.11.2012 mehrheitlich diesem Verfahren mit der Stimme des OB zugestimmt und den vom Vorhabenträger gewünschten neuen Bebauungsplan beschlossen.

Und die Lehren daraus:

- Wer nur lange genug bestehendes Recht ignoriert, wird belohnt.
- Wer mit dem klaren und eindeutigen Handeln der Baubürgermeisterin nicht einverstanden ist, geht zum OB, nennt das Baudezernat eine Bauverhinderungsbehörde und kann somit mit großem Verständnis bei Herrn Dr. Rapp, der Mehrheit der CDU, den Freien Wählern und der FDP rechnen.
- Wer nur laut und lange genug schreit, bekommt „*sein Recht*“.
- Gefälligkeitsbebauungspläne /Gefälligkeitsbeschlüsse werden zunehmend salonfähig und sind Folge eines als zielorientiertes Verwaltungshandeln bezeichneten und von Herrn Dr. Rapp propagierten Vorgehens.
- Der OB und Teile des Gemeinderates fallen ihrer Verwaltung öffentlich in den Rücken.
- Der Gemeinderat erlässt Beschlüsse nicht ausschließlich nach Rechtslage und im Sinne des Gemeinwohls, sondern nach Beschwerdekraft des Betroffenen.

Michael Lopez-Diaz

Übrigens: Die SPD –Fraktion wird sich auch zukünftig geschlossen gegen solche Beschlüsse aussprechen.



Michael Lopez-Diaz

Stadtrat

u.a. Mitglied im
Ausschuss für Umwelt
und Technik
Verwaltungs- und
Kulturausschuss

Parteijubiläum 2013 - Nur wenn man weiß, vorher man kommt, weiß man auch, wohin man will

Im Jahre 2013 wird die SPD 150 Jahre alt. Wir Sozialdemokraten wollen uns in diesem Jahr als Partei mit einer langen und stolzen Tradition präsentieren. Wir wollen uns erinnern, vor welchen Herausforderungen die Sozialdemokratie stand, mit welchen Antworten sie diesen entgegengetreten ist und was wir erreicht haben. Wir wollen zeigen, welche Persönlichkeiten unsere Partei geprägt haben. Auf Bundes- und Landesebene werden Veranstaltungen zu diesem Jubiläum vorbereitet.

- ein großer Festakt am Gründungstag, dem 23. Mai in Leipzig
- Vom 16.8. bis 18.8. 2013 treffen sich Sozialdemokraten aus allen Teilen Deutschlands und Vertreter sozialistischer Parteien aus dem Ausland in Berlin
- eine große Wanderausstellung, die vom 9. 4. bis zum 6.5. in Stuttgart gezeigt
- die Große Landesausstellung 2013 wird dem Thema „Geschichte der Arbeiterbewegung 1863 – 2013“ gewidmet sein und im „Technoseum – Landesmuseum für Technik und Arbeit“ in Mannheim zu sehen sein.

Auch die Sozialdemokraten im Kreis Ravensburg wollen sich ihrer Geschichte erinnern. Sie wollen sich ihrer Herkunft vergewissern, um Orientierung für die Zukunft zu gewinnen.

- Am 1. Mai laden wir zur **Fahrt nach Stuttgart** ein. **Jörg Bogenrieder** hat eine Fahrt organisiert, die neben dem Besuch der Wanderausstellung zur Parteigeschichte noch weitere historisch bedeutsame Stationen in der Landeshauptstadt enthält.
- In einem **Festakt am 26. Mai 2013** im

Christinnen, Christen und SPD Regionalgruppe Oberschwaben-Bodensee nimmt ihre Arbeit auf

Die Auftaktveranstaltung in Ravensburg mit Staatssekretär Ingo Rust und Betriebsseelsorger Paul Schobel lieferte eine spannende Mischung zur Frage Kirchen und SPD – was verbindet, was trennt sie? Ingo Rust schilderte seinen Entwicklungsprozess in einer christlich geprägten Familie, wie er im Rahmen der Konfirmanden-Vorbereitung Interesse für den christlichen Glauben und für die Bibel entwickelte. Bald engagierte er sich in der kirchlichen Jugendarbeit, wurde Mitglied der Bezirkssynode, der er bis heute angehört. Rust erklärte seinen Werdegang. Er sieht bis heute für sich persönlich einen logischen Schritt vom christlichen Glauben in die SPD, weil er in ihrer Programmatik die größte Schnittmenge zum biblisch begründeten Einsatz für den Nächsten und für die Gesellschaft sieht. Rust betonte, dass dies sein persönlicher Weg sei. Andere Christen könnten selbstverständlich zu anderen Entscheidungen kommen und sich in anderen demokratischen Parteien auf Grund ihres Glaubens einsetzen. Pfarrer Paul Schobel, seit mehr als 35 Jahren in der Betriebsseelsorge tätig, schilderte seinen Weg als Kind einer katholisch geprägten Familie und wie er

Kornhaussaal in Weingarten wird **Prof. Dr. Wolfgang Marcus** an eine dunkle Zeit unserer deutschen Geschichte erinnern, deren Aufarbeitung noch immer nicht abgeschlossen ist. Er wird den Spuren der **Verfolgung von Sozialisten durch die Nazis in Oberschwaben** nachgehen.

- Zuvor wird unser Bundestagskandidat **Hannes Munzinger** über seine Vorstellungen von einer Sozialdemokratie sprechen, die sich auf Augenhöhe mit der Gegenwart befindet und Antworten auf die Fragen der Zukunft geben kann.
- Wir werden ein **Buch zur Geschichte** vorstellen, das von der Bundes-SPD herausgegeben wird und auch **zwei Beiträge von Günther Biegert und Bodo Rudolf** zur Geschichte der SPD im Kreis Ravensburg enthält.
- Am Nachmittag des gleichen Tages werden wir im **Museum „Schlössle“ eine Ausstellung zur Geschichte der SPD** eröffnen, die dort eine Woche lang ausgestellt wird. Dazu zeigen wir eine Dokumentation zur Geschichte der Partei.

Den Rahmen dieses Tages wollen wir mit Musik, mit Speis´ und Trank für die Teilnehmer angenehm und unterhaltsam gestalten.

Wir freuen uns, möglichst viele Genossen, Parteifreunde und Freunde der SPD aus der Region Bodensee-Oberschwaben begrüßen zu können.

Peter Didszun

Jubiläumsbeauftragter des Kreisverbandes

auf Grund seines durch theo-logische Kompetenz und durch seinen Beruf begründeten Verständnisses der Bibel seinen persönlichen Weg zur Sozialdemokratie fand. In einem ersten Treffen nach dieser Startphase kamen christlich geprägte SPD-Mitglieder und Interessierte aus allen oberschwäbischen Landkreisen, um einen Aktionsplan für das Jahr 2013 zu erarbeiten. Die künftige Arbeit erstreckt sich auf drei Feldern: der Gesellschaft, der SPD und den christlichen Kirchen. Für 2013 sind drei weitere Konferenzen geplant in Biberach, Friedrichshafen und im Landkreis Ravensburg. Ziel der regionalgruppe ist ein breiter Diskussionsprozess zwischen politisch interessierten und engagierten Christen und SPD-Mitgliedern. Die aktuelle Politik zeigt, wie wichtig politisches gestalten ist, das auf den Grundwerten der christlichen Soziallehre basiert.

Berthold Seeger

Abgeordnete



Martin Gerster, MdB

Poststr. 7, 88400 Biberach

Tel. 07351/3003000

Fax 07351/3003001

martin.gerster@wk.bundestag.de

www.martin-gerster.de



Martin Rivoir, MdL

Söflinger Straße 145

89077 Ulm

Tel. 0731 / 3989700

Fax 0731 / 3989701

martin.rivoir@spd.landtag-bw.de



Gemeinderatsfraktion zieht Halbzeitbilanz

In der unlängst abgehaltenen Mitgliederversammlung der Ravensburg SPD ging es um kommunale Themen. Der Ortsverein und die anwesende SPD-Gemeinderatsfraktion zogen Zwischenbilanz und gaben Ausblick auf zukünftige Aufgaben. Der Fraktionsvorsitzende Frank Walser kritisierte die Art und Weise der Entscheidung über die Abschaffung der Stelle der Baubürgermeisterin kritisiert. Es sei schon erstaunlich, wie schnell der Antrag der CDU den Weg auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung fand. Ist es im Ravensburger Stadtparlament bisher eher unüblich, dass ein Antrag einer Fraktion sofort behandelt wird. Offensichtlich hatte der OB die gleiche Eile an den Tag gelegt wie die CDU. Die Sache hat auf jeden Fall ein „Gschmäckle“ und es ist leider nicht das erste Mal, dass der OB sich nicht hinter Frau Utz als Baubürgermeisterin stellt. Man kann in der Sache Kritik an Entscheidungen oder Vorgehensweisen der Baubürgermeisterin üben, aber der menschliche Anstand sollte immer gewahrt werden. Die SPD-Fraktion hegt Zweifel an den avisierten Haushaltseinsparungen durch die Streichung der Baubürgermeisterstelle. Denn die Funktion muss ausgefüllt werden durch einen Beamten, der weiter bezahlt werden muss, wenn vermutlich die Mehrheitsfraktionen im Gemeinderat in 2015 wieder eine Baubürgermeisterstelle fordern werden.

Eine alte Forderung der SPD ist die Neugestaltung des Gespinstmarktes und die Verkehrsberuhigung der Oberstadt. Bereits im Jahr 2007 wurden seitens der SPD Bürgerinformationen durchgeführt. Offensichtlich hat sich der Kreis der Bürger vergrößert, die für diesen zentralen Platz sich Schöneres als nur einen Parkplatz vorstellen können.

Warum der "Eschersteg erhalten werden muß. (Ein Plädoyer für die Baukultur in unserer Stadt)

Die Zusage der Stiftung Denkmalschutz zur Rettung des Escherstegs ist eine gute Nachricht und zeigt, dass der Wert dieses Denkmals auswärts weitaus höher eingeschätzt wird als in Ravensburg selbst. Der Förderverein Eschersteg e.V. wird sich auch zukünftig gemeinsam mit dem Bürgerforum Altstadt Ravensburg e.V. für dieses eiserne Kleinod einsetzen.

Wir können mindestens drei gute Gründe aufzählen, welche den Wiederaufbau rechtfertigen:

1. Pflege und Erhalt des historisch gewachsenen Stadtbildes.

Das Bild einer Stadt wird unter anderem entscheidend geprägt von seinen Gebäuden. Nicht nur die großen berühmten, sondern vor allem die vielen kleinen, oft unscheinbaren aber ortstypischen Bauwerke sind es, die sich im Laufe der Zeit fest ins Gedächtnis einprägen, sei es in der Kindheit auf dem täglichen Schulweg oder später

Die SPD hat es sich zum Ziel gesetzt, die Neugestaltung des Gespinstmarkts in ein Gesamtkonzept für mehr Lebensqualität in der Innenstadt einzubinden.



Zu Beginn der Versammlung konnten die Vorsitzende Christel Ulmer sowie der stellvertretende Kreisvorsitzende und Bundestagskandidat Hannes Munzinger langjährige Mitglieder für ihre Parteizugehörigkeit und aktive Arbeit ehren.

Urkunden und Ehrennadeln konnten in Empfang nehmen für 40 Jahre Wolfgang Moers, Berta Moers, Michael Hertel, Berta Hertel, Hans Centner, Hans-Dieter Georgii, Dr. Gabriele Runge, Edith Hlawatsch sowie Ingrid Staudacher für 25 Jahre Parteizugehörigkeit.

(IS)

auf dem Weg zur Arbeit. Durch zahlreiche Veränderungen wandelt sich das Bild der Stadt im Laufe der Zeit, leider meist zu ihrem Nachteil: Hier fällt ein Haus weil es den Verkehr behindert, dort werden Bäume wegen einer Tiefgarage gefällt und anderswo entsteht ein Supermarkt auf der grünen Wiese. Vertrautes verschwindet und wird durch Belangloses ersetzt. Die Städte verlieren auf diese Weise ihre Unverwechselbarkeit und werden beliebig austauschbar. Der Eschersteg ist über 100 Jahre lang den vielen tausend Beschäftigten von Escher-Wyss, aber auch den zahlreichen Bahnreisenden zu einem Stück Erinnerung an frühere Jahre und ihre Heimat geworden. Genauso verhält es sich übrigens mit den alten Gebäuden im Postquartier (abgebrochen in diesem Jahr), dem WLZ-Lagerhaus (jetzt auch unter Denkmalschutz) und mit dem ohne Not abgerissenen alten Bahnwärterhäuschen. Der Abbruch derartiger Merkmale ist immer ein schwerwiegender Eingriff in das vertraute Stadtbild und sollte deshalb vermieden werden.



Volker Petzold

Dipl. Ing. - Freier Architekt

2. Der Eschersteg als Verbindung zum Schussenufer

Manche behaupten, spätestens seit dem Bau der neuen Unterführung werde der Steg nicht mehr gebraucht. Nun dämmert es jedoch mittlerweile vielen, dass die neue Unterführung eigentlich an der falschen Stelle gebaut wurde. Die zahlreichen Spuren im Schnee über die Gleise an der Stelle des abgebrochenen Eschersteges beweisen in jedem Winter diese Fehlplanung. Es ist nämlich für viele wesentlich angenehmer, das Bahngelände über eine Brücke zu queren als durch eine sterile Betonröhre unter der Erde. Wie schon der vorherige Oberbürgermeister Vogler so greift auch unser neuer Oberbürgermeister Dr. Rapp erfreulicherweise die Idee einer Aufwertung des Schussenufers mit den angrenzenden Flächen beiderseits auf. Es wird sicherlich viele kleine Schritte benötigen und eine Generation lang dauern, bis die Bürger schließlich erkennen werden, welcher Schatz hier beiderseits der Schussen im Verborgenen ruht. So hat sich in der offiziellen Stadtplanung die Erkenntnis durchgesetzt, dass es zur Entwicklung des westlich der Bahn gelegenen Geländes gar nicht genug Querungen geben kann und der Eschersteg deshalb eine willkommene Ergänzung ist. Richtigerweise findet man den Eschersteg deshalb auch in der Entwicklungsplanung zum Postareal und des zentralen Busbahnhofs wieder.



3. Der Eschersteg ist ein wichtiges Denkmal.

Ob ein Bauwerk durch das Prädikat "Denkmal" geädelt und somit geschützt wird, entscheidet ein gut ausgebildetes unabhängiges Expertenteam im Landesdenkmalamt nach reiflichen Überlegungen. Lokale Interessen haben dabei aus gutem Grunde keine Bedeutung. Denn Baudenkmale sind "Geschichte zum Anfassen". So vermitteln uns alte Bauwerke besser als jede Dokumentation, unsere Vergangenheit und die Baukultur früherer Generationen. Jahrtausendlang war das Bauen durch die Stoffe Stein und Holz geprägt. Selbst die grandiosen Kuppeln der Bauwerke des Barock mussten notgedrungen fast immer in Holz ausgeführt werden. Auch die Profanbauten unserer Region wurden bis ins 18. Jahrhundert ausschließlich von Zimmerleuten, Maurern und Gipsern errichtet. Wir pflegen und hegen diese

alten Gebäude zu Recht und treiben für den Erhalt eines wurmstichigen Gebäudes manchmal einen fast nicht mehr zu rechtfertigenden Aufwand. Bei einem rostigen



Eisenträger scheint dies merkwürdigerweise nicht notwendig zu sein. Vielleicht deswegen nicht, weil dieser Baustoff vergleichsweise neu ist? Das Bauen mit Eisen entstand etwa um 1779, als die mittlerweile älteste Eisenbrücke der Welt (sie ist noch heute in Betrieb!) - die Ironbridge über den Severn nahe Birmingham - errichtet wurde. Es begann nun eine neue und höchst spannende Epoche unserer jüngeren Baugeschichte mit ganz neuen Möglichkeiten, auch wegen der neu entdeckten Technik des Nietens. Erst mit dieser Technik waren die großen spektakulären Eisenbauten des 19. Jahrhunderts, wie zum Beispiel der Eiffelturm, der Crystal Palace und vor allem die zahlreichen Brückenbauten in Zusammenhang mit dem Ausbau der Eisenbahn, realisierbar.

Der Eschersteg ist ein zugegebenermaßen kleines, bescheidenes und sehr zweckmäßiges Ingenieurbauwerk, noch ohne die Ornamente des späteren Jugendstils. Damit wäre vielleicht die Notwendigkeit zu Erhalt und Pflege leichter vermitteln. Ohne diese frühen genieteten Bauwerke aus Eisen gäbe es jedoch weder die späteren Jugendstilbauwerke noch den heutigen atemberaubenden Stahlbau.

Deshalb sollte der Erhalt dieses Kleinods all jenen, denen unser Stadtbild, die Baukultur und der Erhalt unserer Denkmale am Herzen liegen, ein Anliegen sein!

Volker Petzold

Dipl.-Ing – Freier Architekt

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Dezember

09. Helga Mattes 71.
22. Margot Wenzke 81.
30. Mathias Krich-Kappa60.

Februar

04. Eleonore Sandow 90.
16. Norbert Wirth 74.
22. Hans Schuler 92.

(Runde Geburtstage, "5er" Geburtstage, 70 und höher)

Zum Parteiljubiläum gratulieren wir:

für 25 Jahre

Ingrid Staudacher

für 40 Jahre

Wolfgang und Berta

Moers

Michael und Berta Hertel

Hans Center

Dr. Gabriele Runge

Hans Dieter Georgii

Edith Hlawatsch

Ein politisches Schelmenstück

Die Mehrheit von CDU, Freien Wählern und FDP sah sich in der Gemeinderatssitzung vom 19.11. bemüßigt, unsere Baubürgermeisterin Stephanie Utz, endgültig und öffentlich „hinzurichten“. Vermutlich glaubten die Akteure (und einige glauben es offensichtlich heute noch), es wäre eine besonders elegante Hinrichtungsart, wenn man gleich die ganze Stelle des/der Baubürgermeisters/-meisterin abschafft.

Aber da irren die Damen und Herren. Es ist undenkbar, dass eine Stadt in der Größe, mit der historischen Bausubstanz und mit den schon geplanten und noch zu planenden Projekten wir Ravensburg sie aufweist, keine/n politisch und fachlich Verantwortlichen mehr benötigt. Und es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass nach der Kommunalwahl, spätestens im Jahr 2015 das Amt des/der Bau (und Umwelt-) Bürgermeisters/-meisterin wieder eingerichtet wird. Und wo dann der Spareffekt liegt, wenn die Mehrheit nach ihrem eigenen Antrag in der Zwischenzeit plant, eine neue Stelle eines „Baudezernenten“ einzurichten, muss sie erst mal erklären.

Unabhängig hiervon, geht man mit Menschen nicht so um, wie es die Mehrheit am 19.11. getan hat und wie es einzelne Mitglieder der Verwaltung und des Gemeinderates schon seit Jahren tun. Das ist schlichtweg unanständig!

Ja, es ist richtig: Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte auch die SPD-Fraktion im kommenden Jahr Frau Utz nicht wiedergewählt. Wenn sie es aber

vorziehen wollte, sich der Wahl zu stellen und das Risiko einzugehen, zu unterliegen, dann hätte man ihr diesen Wunsch erfüllen können.

Zur Krönung des Vorgangs hatten die drei Fraktionen auch noch beantragt, die Diskussion in öffentlicher Sitzung zu führen. Erst einem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktionen der Grünen und der BfR war es zu verdanken, dass wenigstens die Aussprache über die unsägliche Vorgehensweise der Mehrheit nichtöffentlich erfolgen konnte.

Voller Hochachtung nahm die SPD-Fraktion Kenntnis davon, wie Frau Utz sich für die Beibehaltung des Amtes einsetzte. Sie kämpfte nicht für sich oder um „ihre“ Stelle, sondern sie versuchte, davon zu überzeugen, dass Ravensburg auch in Zukunft eine/n Baubürgermeister/in braucht. Sie wurde inzwischen in eindrucksvoller Weise von den hochkarätigen Mitgliedern des Gestaltungsbeirats bestätigt.

Liebe CDU, liebe Freien Wähler, liebe FDP: Das war keine kommunalpolitische Sternstunde, das war ein politisches Schelmenstück, das zudem noch Schaden für unsere Stadt verursachte und verursachen wird. Ihr werdet es noch bereuen.

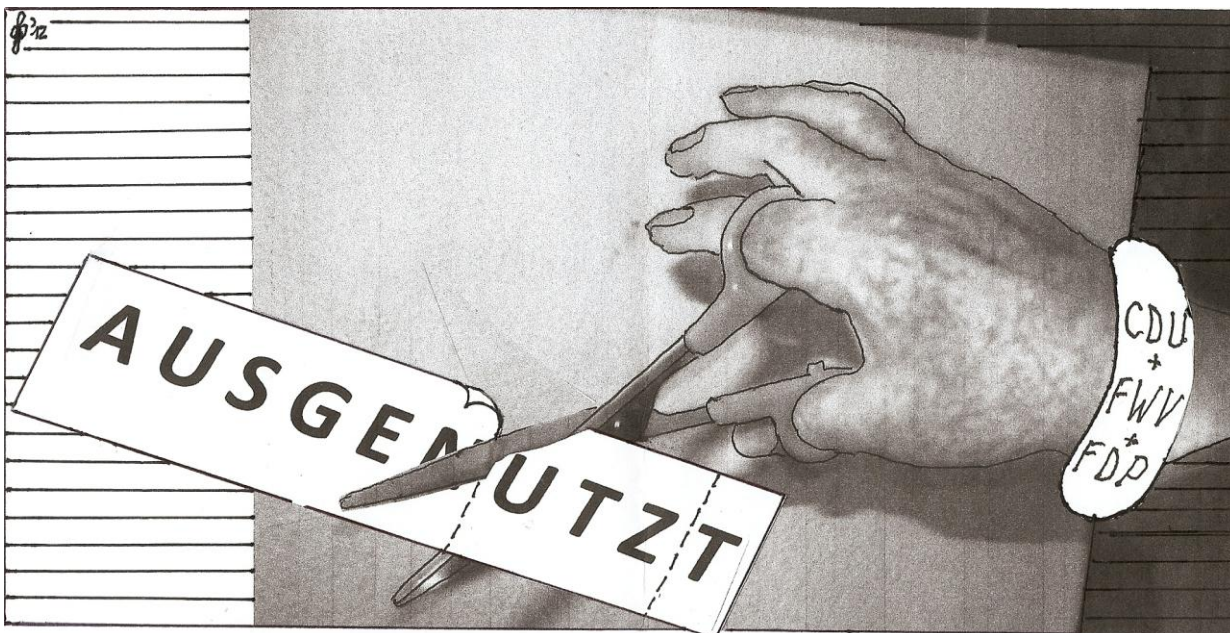
Frank Walser



Frank Walser

Stadtrat seit 1989
SPD-Fraktionsvorsitzender

u.a. Mitglied im
Verwaltungsausschuss
Werksausschuss
Wirtschaftsbeirat



Funktion und Bedeutung des Runden Tisches?

Es gab **Runde Tische** in Berlin, in Bezirken, Kreisen und Kommunen. Diese haben als **Instrumente der Demokratisierung entscheidend zu dem friedlichen Machtübergang** von der SED auf die Volksbewegung und die Regierung nach der Volkskammerwahl am 18. 3. 90 beigetragen. Sie dienten **nicht als Modell** für die angestrebte Demokratie.

Eine ihrer **Schwächen** bestand darin, dass sie **nicht durch Wahl legitimiert**, sondern durch **Selbsternennung der Beteiligten** entstanden waren. Ihre **allgemeine Akzeptanz** erreichten sie als **parteiübergreifende Institutionen zur Krisenbewältigung und aus ihrer Zusammensetzung** Sie spiegelten die gesellschaftlichen Kräfte und bezogen die **staatlichen Organe samt SED** ein. Das war ihre Form der Legitimation. Der **Zentrale Runde Tisch in Berlin** setzte sich zusammen aus gleicher Zahl von Vertretern der

Blockparteien und der Gruppe aus **Demokratischem Aufbruch, Demokratie Jetzt, Grüne Partei, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Vereinigte Linke** und **SDP**.

Er verstand sich anfangs als **Organ der öffentlichen Kontrolle** und wirkte nur über die Medien. Er entwickelte sich von einer **Veto-Instanz** zu einem mit der Volkskammer konkurrierenden **Gesetzgebungsorgan**. Eine weitere **Schwäche** bestand darin, dass er **keinen Verwaltungsapparat** hatte, sich hinsichtlich **Sozial- und Wirtschaftsordnung stritt** und nicht die deutsche Einheit anstrebte. **Kohl** akzeptierte ihn nicht als Gesprächspartner, da die Mehrheit nicht die Eigenstaatlichkeit aufgeben wollte und sich nicht eindeutig zur Marktwirtschaft bekannte.

Arbeitsweise: Die Runden Tische rangen der SED Stück für Stück die Macht ab, leiteten den **friedlichen Systemwechsel** ein und bereiteten die **ersten freien demokratischen Wahlen** vor, während aus der BRD im Wege der Aufbauhilfe Institutionen, Normen, Praktiken, Personen und Finanzen die Neuordnung der öffentlichen Gewalt voranbrachten. Die Ablösung der Strukturen des alten Systems ging Hand in Hand mit der Ersetzung durch neue Strukturen. Die Runden Tische übernahmen bewusst nur eine **Übergangsfunktion** bis zur Schaffung gewaltenteiliger Organe mit der Volkskammerwahl und den Kommunalwahlen. (Holtmann: Signaturen des Übergangs APuZ 2010). Die Runden Tische arbeiteten vorwiegend **einvernehmlich**, nicht durch Mehrheitsentscheidungen. **Konsensdemokratie** bewirkte die breite Akzeptanz.

Obwohl von Kohl nicht als Gesprächspartner akzeptiert, hatten die Runden Tische

entscheidenden Anteil am Erfolg des Einigungsprozesses. Damals ganz am Anfang lehn-ten viele Regierungen offen, geheim oder ver- klausuliert eine deutsche Einigung ab. Aber der **äußerst demokratische Weg** über die **Massen- demonstationen „Wir sind das Volk“** sowie über die **Entmachtung der Staatsorgane durch die Runden Tische** und die von ihnen **vorbe- reitete Volkskammerwahl** bis zu den **Massen- demonstationen „Wir sind ein Volk“** und das **Ergebnis der Volkskammerwahl** brachten das von fast allen Regierungen anerkannte **Selbst- bestimmungsrecht des Volkes** so eklatant, so glaubwürdig zum Ausdruck, dass keine Regie- rung es noch wagen konnte, die deutsche Einigung zu hindern.

(Michael Richter: Doppelte Demokratisierung).

Wer plante bereits Anfang 1989 Details für eine deutsche Einigung ?

Seit Frühjahr 1989 verfolgte die **Administration der USA** beharrlich und konsequent ihre Politik der **Befreiung Osteuropas** von der sowjetischen Herrschaft, einer **Vereinigung Deutschlands**, einer

kalkulierten Abrüstung,
Reform der NATO,
Stärkung Europas und einer
Überwindung des Kalten Krieges.

Bush senior und Baker entwickelten folgende Eckpunkte:

1. Sie stimmten der deutschen Einigung grundsätzlich zu. Selbstbestimmung der Ostdeutschen hat Vorrang!
2. Bindung Deutschlands an die NATO
3. Stärkere Integration der EG
4. Kein Handel „Neutralität gegen Einheit“
5. Friedlicher schrittweiser Prozess
6. Unverletzlichkeit der Grenzen Europas, speziell Polens muss anerkannt werden;
7. allerdings sollten Grenzänderungen mit friedlichen Mitteln erlaubt werden, zum Beispiel mit deutsch/deutschem Vertrag.

In welcher weltpolitischen Lage befand sich Deutschland 1989?

Die weltpolitische Lage war **ungewöhnlich günstig**. Die Zeichen standen auf **Entspan- nung, Abrüstung, Ende des Kalten Krieges**. Gorbatschow hatte begonnen, das kommuni- stische System umfassend zu reformieren: mit Perestroika und Glasnost, mit dem Ende der Breschnew-Doktrin und mit dem Zugeständnis, jedes Ostblockland könne seinen eigenen Weg gehen mit grundsätzlicher Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung



Hans-Dieter Georgii

Richter a.D.
ehem. Landgerichts-
präsident in Ravensburg
und Dresden
ehem. Mitglied des
Landesverfassungsgerichts
in Leipzig

Die **Regierungen** der wichtigen Staaten des Warschauer Paktes, **Polen, Ungarn, CZ und Rumänien** wollten die deutsche Einigung akzeptieren. Der **Warschauer Pakt** begann sich aufzulösen. Da gab es keine Berechtigung mehr für die weitere Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR; im Juni 1991: **338000** modern ausgerüstete Soldaten, **208000** Zivilangestellte und Familienangehörige.

Allerdings waren anfangs **bis zu 90% der Polen** gegen die deutsche Einigung aus Angst vor einer Korrektur der gemeinsamen Grenze sowie vor der politischen und wirtschaftlichen Stärke des vereinten Deutschland.

Die **wirtschaftliche Schwäche der SU** war prekär. Sie brauchte dringend finanzielle Hilfe durch die westlichen Industriestaaten. So wurde sogar von Unterhändlern der „Verkauf Ostpreußens“ gegen 50 Milliarden ins Gespräch gebracht.

Aus welchen Gründen hat Russland dieser Einigung schließlich, wenn auch unwillig zugestimmt?

1. Geschlossenheit der NATO
2. Haltung von Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien
3. Zeichen der Auflösung des Warschauer Paktes
4. Wirtschaftliche Schwäche der SU; angewiesen auf die Leistungen von Deutschland: einschließlich Bürgschaften flossen von Oktober 89 bis März 90 insgesamt **DM 57,3 Mrd.**
5. Vorrang für Gorbatschow hatte die Gefahr der Aufspaltung der SU durch Abspaltung der **baltischen Staaten**. Dort trat er gewalttätig auf.
6. Angst vor **internationaler Isolierung** und vor Scheitern des Prozesses der **Abrüstung** mit Beendigung des **Kalten Krieges**
7. **Gute persönliche Beziehungen** zwischen Gorbatschow, Bush und Kohl

Was war das Besondere an Kohls außenpolitischem Stil?

Sein Stil war geprägt **von unzähligen Telefonaten**, vielen **halb persönlichen Briefen** und **direkten Gesprächen** mit Staatschefs. Damit baute er **Vertrauen** auf. Er suchte „**pseudoprivaten**“ **Kontakt in „Männerfreundschaft“**, um entscheidende politische Durchbrüche zu schaffen: Spaziergang mit Gorbatschow am Rhein im Juni 89, Besuch in Gorbatschows Datscha im Kaukasus im Juli 90; entsprechend in mehreren Besuchen bei Busch und selbst bei Mitterand; misslungen ist ihm dies bei Thatcher.

Ähnlich ging Genscher mit Schewardnadse um, zum Beispiel bei einem Treffen auf dem Soldatenfriedhof in unserer Partnerstadt Brest, wo dessen Bruder in den ersten Kriegstagen gefallen ist.

Kohl soll sich wegen der deutschen Einigung mehr mit Busch als mit Genscher beraten haben.

Wie wirkte der Prozess der deutschen Einigung auf die EG?

Die **Deutsche Einigung** wirkte als „**Katalysator**“ des europäischen Integrationsprozesses. Mitterand versuchte anfangs zu bremsen; ihn trieb die Furcht vor einem **Ende des europäischen Kräftegleichgewichts**, vor einem **Zustand wie vor 1913**, vor einem **Abtriften des vereinten Deutschland nach Osten**, vor einer **Gefährdung** der Stellung des für den Westen wichtigen **Gorbatschow**. Er riet zu Vorsicht gegenüber der SU, forderte eine klare Erklärung zur **Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze** und zur Stärkung der **europäischen Integration**. Er wollte zuerst eine **gesamteuropäische Friedensordnung schaffen und danach die deutsche Einigung zulassen**. Dem stand aber das enge Zeitfenster entgegen.

Thatcher stellte sich – im Gegensatz zu Mitterand – öffentlich gegen eine schnelle Einigung; geprägt von der **Angst vor einer deutschen Hegemonie** mit Stärkung der **deutschen wirtschaftlichen Dominanz**, vor einer **Störung des europäischen Kräftegleichgewichts** sowie vor einer **Schwächung der Reformen durch Gorbatschow** und der besonderen **Britisch-Amerikanischen Allianz**. Mitterand und Thatcher hätten gern die **Entente cordiale** aufgewärmt, was aber daran scheiterte, dass Mitterand die europäische Integration vertiefen und beschleunigen wollte, was Thatcher aber ablehnte. Beide fürchteten bei Ablehnung der Einigung eine außenpolitische Isolierung. Ihre beiden Außenminister unterstützten die Einigung konstruktiv. Erst bei dem Gipfeltreffen der EG in Dublin **28.4.90** – 2 Monate vor der Währungsunion – wurde die Einigung Deutschlands in hohem Maß begrüßt. Zugleich wurde abgesegnet die deutsch – französische Initiative mit der geplanten Regierungskonferenz **zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion** auch eine weitere Regierungskonferenz zur Verwirklichung einer **politischen Union Europas** einzuberufen. Damit wurde **Kohls Junktim** zwischen **deutscher Einheit** und **europäischer Einigung** bekräftigt, die **Französische Regierung** wollte **schnell die Wirtschafts- und Währungsunion**. Deutschland wollte die **Stärkung der demokratischen Legitimation** der Gemeinschaft durch Erweiterung der Kompetenzen des **europäischen Parlaments** sowie die Entwicklung einer **gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik**. Dagegen gab es energischen Widerstand der Briten und auch vieler Franzosen. Die deutsche Einigung hat die Europäische Union entscheidend vorangetrieben.

Teil 1 - Roter Turm Ausgabe 7

Impressum:

SPD Ravensburg

Christel Ulmer

Mozartstr. 55

88214 Ravensburg

Telefon: (0751)35 44 52 1

E-Mail: christel-u@web.de

Web: www.spd-ravensburg.de

Redaktion:

Brigitte Eichhorn-Schmiedel (BES)

Ingrid Staudacher (IST)

Christel Ulmer (CU)

Volker Petzold (VP)

Felix Rückgauer (FR)

SPD-Onlinezeitungen

- **Roter Turm spd-ravensburg.de**
- **Roter Seehas spd-bodenseekreis.de**
- **'s Rote Füchse spd-ehingen.de**
- **Bibervision spd-biberach.de**

